presse

AG Arbeit und Soziales

Missbrauch von Leiharbeit durch bessere Regulierung bekämpfen

***Katja Mast**, arbeitsmarktpolitische Sprecherin:*

Die von der Bundesregierung vorgelegten Zahlen zeigen, dass Leiharbeit bis Ende 2016 weiter zugenommen hat – um 4,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf fast eine Million Arbeitskräfte. Gegenüber 2003 hat sich die Anzahl der Leiharbeitnehmer sogar verdreifacht. Diese Zahlen belegen, wie richtig die stärkere Regulierung der Zeitarbeit war, wie sie die SPD durchgesetzt hat. Leiharbeit muss auf ihre eigentliche Funktion zurückgeführt werden. Das Gesetz entfaltet bereits jetzt erste positive Wirkungen.

„Der Missbrauch von Leiharbeit ist der SPD-Bundestagsfraktion ein Dorn im Auge und eines der drängenden Probleme am deutschen Arbeitsmarkt. Die aktuellen Zahlen zeigen: Es war richtig, dass sich die SPD in der Großen Koalition mit ihren Vorstellungen zur stärkeren Regulierung der Arbeitnehmerüberlassung durchgesetzt hat. Mit Blick auf die aktuellen Zahlen muss man wissen: Diese betreffen nur einen Zeitraum bis 2016, unser Gesetz ist erst seit April 2017 in Kraft. Mit diesem erreichen wir deutliche Verbesserungen und beschränken Leiharbeit wieder auf ihre Kernfunktion, nämlich Auftrags- und Urlaubsspitzen abzufedern: Gleicher Lohn nach spätestens neun Monaten, es gilt eine Höchstüberlassungsdauer von 18 Monaten und Leiharbeitnehmerinnen und -nehmer dürfen nicht mehr als Streikbrecher eingesetzt werden. Mehr war mit CDU und CSU nicht zu machen.

Darüber hinaus beobachten wir jetzt schon erste positive Effekte unseres Gesetzes. Die Sozialpartner haben sich auf Basis der Neuregelungen bereits auf neue tarifvertragliche Branchenzuschläge mit deutlichen Verbesserungen für

IMPRESSUM
HERAUSGEBER CHRISTINE LAMBRECHT, MDB **REDAKTION** ALBRECHT VON WANGENHEIM
TELEFON (030) 227-522 82 / (030) 227-511 18
E-MAIL PRESSE@SPDFRAKTION.DE

TEXT KANN IM INTERNET UNTER **WWW.SPDFRAKTION.DE** ABGERUFEN WERDEN.

SPD BUNDESTAGS FRAKTION

Leiharbeitnehmerinnen und Leiharbeitnehmer bei Einsätzen in der Metall- und Elektroindustrie sowie in der Chemieindustrie geeinigt. Darüber hinaus sollte man im Blick haben, dass die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten insgesamt gestiegen ist. Setzt man dies ins Verhältnis zur Zahl der Leiharbeitnehmer, bleibt deren Anteil insgesamt in etwa konstant. Klar ist: Das reicht uns noch nicht. Deshalb wollen wir mit einer SPD-geführten Regierung erreichen, dass Leiharbeitnehmer bereits ab dem ersten Tag den Anspruch auf gleichen Lohn haben, das Synchronisationsverbot wieder eingeführt wird und vor allem die Mitbestimmung bei Leiharbeit und Werkverträgen ausgeweitet wird. Das ist alles mit der Union nicht zu machen."